

Frankfurter Rundschau  
(Samstag, 16. August 1986 / Titelseite Zeit und Bild)

Peter Klinkenberg

## Die Mauer im Kopf

Über den falschen Gebrauch des Begriffes Deutschland

Ein heiterer Hochsommer liegt über dem weiten Platz mitten in Berlin. Funkelnd stieben Wassertropfen aus dem prächtigen Springbrunnen in die Luft. Alle Bänke sind besetzt mit buntgekleideten Menschen, die die Sonne genießen wollen oder nach langem Stadtbummel ein wenig ausruhen möchten. Die flirrende Hitze lässt die bronzefarbene Fassade des Luxushotels, die streng-weiße Neubau-Architektur eines Hochhauses und auch die Kuppeln und Spitzen einiger nahe gelegener Kirchen wie durch einen Weichzeichner gesehen erscheinen. Ein schneeweißer Airbus der amerikanischen Luftfahrtgesellschaft, die regelmäßig Berlin anfliegt, gleitet in sanftem Sinkflug durch den blauen Himmel. Im weiten Bogen umrundet er den Platz, um Kurs auf den Flughafen Tegel zu nehmen.

In Sechserreihen setzen sich die Autoströme an der Längsseite dieses großen Platzes jedes mal in Bewegung, wenn die Ampeln umschalten. Dann müssen die nach Hunderten zählenden Einkaufsbummler an diesem Samstagmorgen für zwei Minuten verharren, ehe sie hinüber können zu der langen Reihe der Geschäfte unter den Arkaden. An einigen Kiosken stehen Menschen nach Eis oder Limonade an. Auch Herzhaftes wie die echte Berliner Bockwurst findet unablässig Liebhaber.

Ein jüngerer Mann vor einem dieser Stände, offensichtlich Einheimischer, lädt seinen zugereisten Gast – der leicht rheinische Dialekt verrät ihn – zu einer kleinen Stärkung ein. Doch der will seinerseits seinen Gastgeber einladen. Ein

freundlicher Disput entsteht. Schon greift der Rheinländer zu seinem Portemonnaie. Doch dann verharrt er plötzlich und fragt laut und vernehmlich seinen Berliner Freund: „Du, nehmen die hier eigentlich auch deutsches Geld?“

\*

Die Perversion dieser Frage ist alltägliches Ereignis in Deutschland. Die Szene ist keineswegs erfunden, sondern sie spielte sich tatsächlich mitten in Berlin, nämlich zwischen Dom und Alexanderplatz, im Schatten des Ost-Berliner Fernsehturms ab. Korrekterweise hätte der Gast aus der Bundesrepublik seinen Ost-Berliner Bekannten natürlich fragen müssen, ob man hier auch mit westdeutschem Geld bezahlen könne. Mit deutschem Geld bezahlt man in Ost-Berlin nämlich alle Tage, allerdings in der Regel mit ostdeutschem. Was diesseits jener perversen Mauer, die nunmehr exakt vor 25 Jahren quer durch Berlin und Deutschland errichtet wurde, allerdings weitgehend vergessen und verdrängt wurde, ist die Tatsache, daß Deutschland nicht in Helmstedt und Berlin nicht am Brandenburger Tor endet ....

Daß die deutsche Situation in ihrer grotesken Zweiteilung von zahlreichen ausländischen Besuchern nicht leicht zu durchschauen und zu begreifen ist, mag verständlich sein. Daß sich die überwiegende Mehrheit der Menschen in der Bundesrepublik heute keinerlei Mühe mehr gibt, diese diffizilen Verhältnisse im Bewusstsein zu behalten und nicht dem Sog zu erliegen, die Bundesrepublik Deutschland mit ganz Deutschland gleichzusetzen, lässt schon heute am dauerhaften geistigen und nationalen Zusammenhalt über Mauer und Stacheldraht hinweg zweifeln.

Daß ein großes Fotounternehmen schon in den sechziger Jahren mit dem Slogan warb, „überall in Deutschland“ Filialen zu haben, war auf dem Gebiet der Werbung ein früher Sündenfall gewesen. Natürlich hatte das Unternehmen weder in Leipzig, Rostock oder Dresden Verkaufsstellen aufzuweisen. Doch mittlerweile grassiert der geistige Mauerbau nicht nur in der werbenden Wirtschaft allerorten.

So textete beispielsweise die Werbe-Agentur für den Elektrokonzern AEG erst vor wenigen Monaten: „Mehr als 35 Millionen Briefsendungen werden täglich in Deutschland verschickt.“ In Deutschland werden freilich pro Tag über 40 Millionen Sendungen verschickt. Auf den Bereich der Deutschen Bundespost entfallen dabei jene 35 Millionen Briefsendungen. Die „Deutsche Post“ im anderen Teil Deutschlands – sie heißt tatsächlich so – befördert die übrigen Millionen. Daß es tatsächlich zwei „Posten“ in Deutschland gibt, für viele Bundesbürger ist es längst unvorstellbar geworden...

Auch die Luftfahrtgesellschaften nehmen es mit der deutschen Wirklichkeit häufig nicht mehr genau. So behauptete erst kürzlich das Bordmagazin „Flugurlaub“ (Heft 6/1986) der deutschen Chartergesellschaft Aero Lloyd vollmundig: „Wir fliegen von allen deutschen Flughäfen“. Als ob schon jemals ein Aero-Lloyd-Jet in Dresden gestartet wäre. Leipzig – ein Flughafen in der Sowjetunion?

Die KKB-Bank amputierte ihren Deutschland-Begriff auf ähnliche Weise. Sie nannte im „Stern“ (Heft 8/1986) in ihrer Anzeige eine Telefonnummer, unter der jedermann weitere Einzelheiten erfahren könne: „Für nur 23 Pfennig aus ganz Deutschland!“ Dabei kommt der Telefonteilnehmer aus Magdeburg in der DDR natürlich keineswegs in den Genuss jenes Vorzuges, bei dem der Anrufer aus dem Bereich der Deutschen Bundespost nur die erste Gesprächseinheit zu zahlen braucht, während die weiteren Gebühren dem angerufenen Unternehmen in Rechnung gestellt werden. Da spielt nämlich die D-Mark-hungrige Deutsche Post (der DDR) nicht mit.

Politisch-geographisch in gleicher Weise unterbelichtet textete die deutsche Importzentrale der schwedischen Automarke Saab in diesem Frühjahr auf doppelseitigen Farbanzeigen: „Die beste Teststrecke für den Saab 9000 ist 8083,6 km lang. Über achttausend Kilometer führt die Autobahn durch Deutschland.“ Dabei benennt jene bis auf die Kommastelle exakte Kilometerangabe lediglich das Autobahnnetz der Bundesrepublik. Das deutsche Autobahnnetz ist mittlerweile rund 10 000 Kilometer lang. Aber offensichtlich liegen Städte Berlin, Rostock oder Karl-Marx-Stadt (das vormalige Chemnitz)

nicht an deutschen Autobahnen, wenn man den Vorstellungen der Saab-Texter folgt.

Mit den Verkehrsrealitäten in Deutschland sind freilich auch ganz andere Institutionen nicht vertraut, die es kraft ihrer selbstgestellten Aufgabenstellung eigentlich sein müssten. So ließ der Automobilclub KVDB im März 1986 in seinen allwöchentlichen Pressemitteilungen eine Meldung unter dem Titel „Deutschlands Autobahnen sind Spitze“ mit den folgenden Worten beginnen: „Obwohl es auf den deutschen Autobahnen keine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung gibt....“ Gemeint waren natürlich die westdeutschen Betonpisten, die noch unlimitiert sind. Die fast 2000 Kilometer deutscher Autobahnen zwischen Oder und Elbe, darunter der fast 200 Kilometer lange Berliner Autobahnring, ja selbst die mit westdeutschem Geld gebaute neue Autobahn Hamburg – Berlin, dürfen generell nur mit Höchsttempo 100 befahren werden. Da ist die Deutsche Volkspolizei – sie heißt tatsächlich so – sehr genau.

Daß hier keine Zufälle am Werk sind, sondern intellektuelle Defizite vorliegen und mächtige Verdrängungsmechanismen am Werk sind, dafür lieferte die millionenstarke Programmzeitschrift „Fernsehwoche“ vor kurzem ein besonders deprimierendes Beispiel: „Unter der großformatigen Überschrift „Wo man im Ausland bleifrei tanken kann“ fand der überraschte Leser auch die DDR, von der es schlicht hieß: „Keine Probleme auf den Transitrouten nach Berlin.“ Daß damit sogar West-Berlin ins Ausland verlegt wurde, geht vermutlich selbst sonst in Deutschlandfragen nicht pingeligen Journalisten und Politikern zu weit.

Diese freiwillige Verkürzung des Deutschlandbegriffes auf das Gebiet der Bundesrepublik ist eine Spätfrucht der sogenannten Hallstein-Doktrin. Sie war faktisch seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 bis Ende der sechziger Jahre oberste Richtschnur westdeutsche Handelns. Danach hatte jeder Staat mit sofortigem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu rechnen, der solche offiziellen Kontakte auch zum anderen deutschen Staat aufzunehmen gedachte. Dieser Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik, wie er offiziell formuliert wurde, hat sich tief in die

Köpfe und Herzen der Westdeutschen eingegraben. Mag die Hallstein-Doktrin auch längst im Historischen Museum gelandet sein und einer pragmatischen innerdeutschen und Außenpolitik gewichen sein, im alltäglichen Weltbild der Bundesbürger ist sie weiter äußerst virulent.

Am einfachsten lässt sich dies am Gebrauch des Begriffes "Deutsche Botschaft" festmachen. Selbst dem „Deutschlandfunk“, dem die Vermittlung eines realistischen Bildes vom ganzen Deutschland vornehmster Programmauftrag ist, unterläuft immer wieder der Fehler, vom „deutschen Botschafter“ zu reden. Dabei tut die Präzisierung, um welchen deutschen Botschafter es sich handelt, seit einem guten Jahrzehnt dringend not. Immerhin gibt es auf dieser Erde kaum noch eine nennenswerte Hauptstadt, in der nicht zwei deutsche Botschafter residieren. In Moskau war dies schon seit 1952 der Fall, als der erste westdeutsche Regierungschef nach dem Zweiten Weltkrieg, Bundeskanzler Konrad Adenauer, die Sowjetunion diplomatisch anerkannte, obwohl diese bereits in Ost-Berlin einen Botschafter installiert hatte. Adenauer begründete diese Ausnahme von der Regel mit der Rolle der Sowjetunion als Siegermacht in Deutschland, zu der es erforderlich sei, direkte Kontakte zu unterhalten.

Erst im Zuge der neuen Ostpolitik Bonns zu Beginn der siebziger Jahre wurde diese „Quarantäne“ gegen jeden, der mit der DDR mehr als nur wirtschaftliche Verbindungen unterhalten wollte, aufgehoben. Im Gefolge dieser Hinwendung zu den Realitäten in Mitteleuropa erreichte die DDR mittlerweile von mehr als hundert Staaten die diplomatische Anerkennung. Selbstverständlich gibt es heute in allen geläufigen Hauptstädten des aktuellen Weltgeschehens, ja in jedem der von bundesdeutschen Touristen bevorzugten Urlaubsländer jeweils zwei deutsche Botschaften. Die höchsten Repräsentanten ihres Staates pflegen mittlerweile sogar einen gewissen Umgang miteinander. Bei offiziellen Gelegenheiten begrüßt man sich gelegentlich auch mittels Handschlag. Umso weltfremder die heute immer noch gebräuchliche Formulierung von der „deutschen Botschaft“, an die sich beispielsweise ein im Ausland in Not geratener Reisender wenden könne.

Auch die elektronischen Medien sind heute in Deutschland zumindest in weiten Gebieten „grenzüberschreitend“. Das westdeutsche Fernsehen ist für zirka 75 Prozent aller Deutschen (Ost) genauso abendliche Realität wie für die Deutschen (West). Dennoch liefern ZDF-Moderatoren oder Rundfunk-Redakteure immer wieder solche negativen „Glanzstücke“ wie am 27. Januar morgens im Deutschlandfunk, wo während eines Berichtes über DDR-Spione in Bonner Amtsstuben die Formulierung über den Sender gehen konnte: „Die Sekretärin wandte sich an die deutschen Behörden, nachdem sie von DDR-Behörden bedrängt worden war....“ Und das ZDF berichtete am 26. Mai in seiner „heute“-Sendung, daß die DDR-Delegation zur Tagung der Interparlamentarischen Union in der ersten Reihe des Bonner Plenarsaales Platz genommen habe. Im nächsten Satz erläuterte dann der Korrespondent die Ziele „der deutschen Delegation....“

Autor Klaus Geitel konnte in der „Welt“ vom 11. Oktober 1985, von keinem Redakteur korrigiert, formulieren: „Ein Orchesterfest wie dieses der ARD mit dem klingenden Aufmarsch der musikalischen Mannschaften aller deutschen Sender....“. Auch hier ging es naturgemäß nur um die Funkhäuser der Bundesrepublik und West-Berlins. Die vier Hörfunk-Programme und die zwei Fernsehprogramme aus Berlin-Adlershof gehörten selbstverständlich nicht dazu, obwohl auch sie in deutscher Zunge senden.

Daß vornehmlich Journalisten der gedruckten Medien so häufig falsch formulieren, wenn es um Deutsches geht, verwundert kaum. Spiegeln sie mit ihren Denkweisen und Redewendungen in der Regel doch akkurat wider, was in den Köpfen und Herzen ihres Publikums vorgeht. Überraschend ist dabei allein, daß gerade diejenigen Blätter wie die des Springer-Konzerns so häufig sündigen, denen kraft Auftrag oder selbstformulierten Zielen das „Schicksal jener Brüder und Schwestern“ besonders am Herzen zu liegen hat, die heute noch durch Mauer und Stacheldraht vom hierzulande lebenden Teil des deutschen Volkes getrennt sind.

Die Wirtschaftsteile der großen bundesdeutschen Tageszeitungen sind eine wahre Fundgrube dieses längst verjährten „Alleinvertretungsanspruchs“. So hieß es in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 13. Februar 1986 über die Geschäftsaussichten auf der bevorstehenden Leipziger Frühjahrmesse: „Die Prognose beruht darauf, dass sich die DDR weiter auf die Rationalisierung und Modernisierung konzentriert und sich daraus für die deutschen Investitionsgüter-Anbieter neue Projekte entwickeln können.“

Im Bewusstsein des Autors dieser Meldung ist die DDR offensichtlich schon einer der wichtigsten „Auslandsmärkte“ der „deutschen“ Wirtschaft. Das gleiche Blatt vermeldete am 1. April dieses Jahres in einer Überschrift, dass die sowjetische Parteizeitung „Prawda“ nunmehr „am deutschen Kiosk“ zu haben sei. In Ost-Berlin ist sie freilich schon seit Jahren täglich an Kiosken zu haben. Neu an der Sache war nur, daß jetzt eine deutschsprachige Übersetzung an bundesdeutschen Zeitungsständen erhältlich sein sollte.

Die Wirtschaftsredakteure der „Süddeutschen Zeitung“ formulieren da freilich häufig keinen Deut besser als ihre Frankfurter Kollegen. Am 4. April hieß es in der „SZ“ schlicht: „Die Exporte in die Sowjetunion machen allerdings nur zwei Prozent der deutschen Gesamtausfuhr aus.“ Gemeint sein konnte aber nur die westdeutsche Ausfuhr dorthin, denn für die jährlich hundert Milliarden Valuta-Mark umfassenden Exporte ostdeutscher Unternehmen in die Sowjetunion gelten völlig andere Prozentsätze, die dann die „deutsche Gesamtausfuhr“ in die Sowjetunion in ganz anderem Licht erscheinen lassen.

Besonders verbreitet ist unter Wirtschaftsredakteuren die kritiklose Übernahme der Gleichsetzung von Bundesrepublik Deutschland und Deutschland insgesamt durch die Wirtschaftsverbände. So meldete das „Handelsblatt“ am 14. Februar auf drei Kommastellen genau: „Die deutsche Autoindustrie stellte 1985 mit 4,167 Millionen Pkw einen neuen Produktionsrekord auf“. Die fast 200 000 Personenwagen aus Eisenach und Zwickau wurden natürlich unterschlagen.

Der Verband der Automobilindustrie (VDA) in Frankfurt am Main ist dabei ein besonderer Meister dieser „Ausgrenzung“ deutscher Produktionsstätten jenseits von Helmstedt. Aber auch Top-Manager der Branche wie Daimler-Benz-Vorstandsvorsitzender Werner Breitschwerdt haben dieses verkürzte Deutschlandbild längst verinnerlicht. Laut „Handelsblatt“ vom 15. Mai sagte er wörtlich: „Nach dem Rückgang im Vorjahr rechnen wir wieder mit einem Anstieg der Pkw-Neuzulassungen in Deutschland auf über 2,6 Millionen.“ Die mehrere hunderttausend Neuzulassungen zwischen Elbe und Oder sind für den schwäbelnden Auto-Boss vermutlich besser in der Statistik der Sowjetunion aufgehoben.

Besonders massiv bürgert vor allem das Axel-Springer-Blatt „Die Welt“ nahezu täglich die Deutschen in der DDR aus Deutschland aus. Am 1. Februar diesen Jahres berichtete Inge Adam im Wirtschafts-Aufmacher dieses Blattes: „Kräftig weitergestiegen ist dagegen mit fast drei Prozent auf gut 26 Millionen der Bestand an Pkws, die auf deutschen Straßen rollen.“ Die Besitzer von mittlerweile fast vier Millionen im anderen Teil Deutschlands zugelassenen Personenwagen sind damit – ganz im Sinne der SED-Abgrenzungspolitik – zu Ausländern erklärt, denn sie fahren ja nicht „auf deutschen Straßen.“ Der alte Traum der Führungsmannschaft um Erich Honecker, ihr Staat möge von der Bundesrepublik Deutschland endgültig als Ausland anerkannt werden – Axel Springers „Welt“ scheint ihr bester Bundesgenosse zu sein....

Ein weiteres besonders trübes Kapitel dieser Ausgrenzung war in diesem Frühjahr die Krisensituation der norddeutschen Werften. Da versandte die Deutsche Presse-Agentur (dpa) unbeanstandet ein Index-Funkbild mit der Nummer 2176 und vermeldete darin unter der Überschrift „Der deutsche Schiffbau“, daß 1985 „die deutschen Werften“ nur noch 488 000 BRT Schiffsraum abgeliefert hätten, während es 1975 noch 2,330 Millionen BRT gewesen seien. dpa verschwieg, daß auf den großen Werften Ostdeutschlands, unter anderem in der alten deutschen Hansestadt Rostock, deutsche Handelsschiffe buchstäblich am Fließband erzeugt und nahezu wöchentlich Stapelläufe angesetzt werden.



Dieses Faktum verdrängt die bundesdeutsche Schiffbau-Branche zumindest in ihren öffentlichen Äußerungen völlig. Dabei leiden die westdeutschen Werften zumindest auf einigen Teilgebieten sogar unter dieser ostdeutschen Konkurrenz, die es aus Devisenbeschaffungsgründen – soweit ihre Kapazitäten ausreichen und die UdSSR-Aufträge noch Raum lassen – wesentlich billiger macht.

Das „Handelsblatt“ vermeldete in der gleichen Angelegenheit am 14. April, dass die Gewerkschaft ÖTV „10 000 der 20 000 unter deutscher Flagge fahrenden deutschen Seeleute“ vertrete. Spätestens in den norddeutschen Häfen wird jedoch klar, daß es auf den Weltmeeren längst nicht mehr nur eine „deutsche Flagge“ gibt. Die Realität zweier deutscher Handelsflotten kann täglich in Hamburg oder Bremen besichtigt werden, wo Schiffe mit Hammer und Zirkel am schwarz-rot-goldenen Fahnentuch routinemäßig ein- und auslaufen.

Die eilfertige Entschuldigung der Journalisten für ihre Fehlformulierungen in Sachen Deutschland, wonach der Begriff „Bundesrepublik Deutschland“ einfach zu unhandlich und zu lang sei, um damit ständig operieren zu können, kann freilich nicht als ausreichend gelten. Die deutsche Wirklichkeit ist in der Tat sperrig und wenig griffig. Da spiegelt der Begriff die Realität lediglich exakt wider. Die Formulierung eines Reisejournalisten, wonach „Fehmarn die einzige deutsche Ostsee-Insel“ sei – korrekt hätte es „westdeutsche Ostsee-Insel“ heißen müssen – ist nicht nur geographisch unentschuldigbar. Die größte deutsche Insel überhaupt, Rügen in der Ostsee, sollte eigentlich noch geläufig sein. Aber auch hier endete Deutschland wieder einmal spätestens in Helmstedt oder Lübeck.

Freilich müssen solche Entgleisungen fast als lässliche Sünde gelten, wenn selbst das Bundespresseamt in Bonn diesen geistigen Mauerbau gelegentlich mitbetreibt. In einem umfänglichen Informationsmaterial für die in Bonn arbeitenden Journalisten unter dem Titel „Die Sicherheit unserer Reaktoren“ hieß es im Gefolge der Tschernobyl-Katastrophe: „Die deutschen Kernreaktoren haben einen äußerst hohen Sicherheitsstandard.“ Ob dies auch für die mitten in Deutschland arbeitenden Kernkraftwerke Rheinsberg oder

Greifswald sowie die bei Stendal in der Altmark geplanten Blöcke zutrifft, entzieht sich allerdings der Beurteilungsfähigkeit durch das Bundespresseamt. Noch dazu entbehrt diese Aussage jeder Überzeugungskraft, da diese deutschen Reaktoren allesamt sowjetischer Bauart sind.

Mag noch die räumliche Entfernung des westdeutschen Alltages von der anderen Hälfte Deutschlands eine gewisse Erklärung für manche dieser „Blattschüsse“ sein, so macht selbst die alltägliche Konfrontation mit dem anderen deutschen Staat mitten in Berlin offensichtlich nicht wacher. Eine Spitzenleistung in dieser Hinsicht erbrachte dazu die Wirtschaftsredaktion der „Süddeutschen Zeitung“ vom 25. September 1985 in Gestalt eines Eigenberichtes aus Berlin, der mit den Worten beginnt: „Mit unverhohlenem Missvergnügen beobachtet die deutsche Brauwirtschaft die zunehmenden Bezüge von Bier aus der DDR. In Berlin hat eine der größten Handelsketten jetzt DDR-Bier angeboten...“ Dabei ist DDR-Bier in Berlin wahrhaftig nichts Neues. Für die rund 1,2 Millionen Berliner jenseits des Brandenburger Tores ist es nahezu der einzige Gerstensaft ihrer Wahl. In West-Berlin freilich war ostdeutsches Bier offensichtlich etwas Neues, das meldenswert schien.

Wiederum die „Welt“ trieb die Ausgrenzung mit einer Meldung auf die Spitze, wonach „auf jeden der 1,9 Millionen Berliner“ letztes Jahr ein Tourist gekommen sei. Offensichtlich sind diejenigen 1,3 Millionen Ost-Berliner, die vom Berliner Hauptquartier des Axel-Springer-Konzerns direkt an der Mauer mit einem einzigen Blick durchs Fenster tagaus tagein in ihrem Alltag miterlebbar sind, Bewohner eines anderen Planeten, gewiss aber nicht Bürger dieser Stadt.

Da nimmt die klotzig hinausposaunte Rotdruck-Anzeige von der Kaffee-Firma „Tchibo Berlin“ im „Tagesspiegel“ vom 13. April 1986 nicht mehr wunder, die mit dem Motto begann: „Ganz Berlin liegt auf der Lauer“, um die Lieferautos der Firma zu identifizieren. Pankow, Prenzlauer Berg, Friedrichshain oder Weißensee liegen aber gewiss nicht auf der Tour dieser Kaffeefahrer.

Daß diese sprachlichen Fehlleistungen und das dahinter stehende Fehldenken tatsächlich geistige Verwandtschaft mit den Mauerbauern in Berlin offenbaren, lässt sich leicht mit Ost-Berliner Publikationen beweisen. Da schrieb das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ - erstaunlicherweise hält selbst dieses Blatt am Begriff Deutschland im Titel fest – am 6. März dieses Jahres in einer Randbemerkung über die Wiedereröffnung des renovierten Postamtes 8 in der Französischen Straße: „....ein Vorgang, auf den die 10 000 Postler Berlins .....stolz sind.“ Die über 20 000 Berliner Postler im Westen der Stadt hat der Mauerstaat schon vor 25 Jahren ausgegrenzt. Am 19. April textete dann die gleiche SED-Gazette: „1971 entstanden in Berlin an jedem Arbeitstag 21 Neubauwohnungen, im vergangenen Jahr waren es 96.“ In Wahrheit waren es täglich mehrere hundert, denn im Westteil der Stadt wird ebenfalls intensiv gebaut.

An diesen beiden beliebig vermehrbaren Beispielen zeigt sich die originäre, langjährig geübte Praxis der DDR, den eigenen Teil Berlins zum alleinigen Berlin zu erklären. Diese Übung geht so weit, daß heute in Ost-Berlin nur noch Stadtpläne von „Berlin“ zu haben sind, die so geschickt geschnitten sind, daß sie vom westlichen Teil Berlins nichts mehr zeigen oder aber, wo dies doch in Gestalt dieses oder jenes Zipfels erforderlich ist, diese als weiße Flächen ausweisen. So weit sind glücklicherweise die West-Berliner und westdeutschen Stadtplan-Verleger zur Zeit noch nicht, vorrangig aber wohl nur deshalb, weil ihnen sonst das gute Geschäft mit den Berlin-Touristen geschmälert würde, von denen viele einen Trip in den Ostteil der Stadt „riskieren“.

Daß das ganze Deutschland angesichts dieses schon weit fortgeschrittenen Erosionsprozesses des Begriffs Deutschland im Bewusstsein der bundesdeutschen Bevölkerung langfristig noch eine gesicherte Zukunft haben könnte, muss schon heute – nur 25 Jahre nach der Errichtung jener monströsen Mauer – bezweifelt werden. Das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen, der entschlossene Wille, eine einzige Nation zu bleiben, scheint so stabil nicht zu sein wie einst in Polen. Dem polnischen Volk gelang die Erhaltung der nationalen Identität über fast 150 Jahre hinweg, als das Land von 1772 bis 1918

unter den drei „Besatzungsmächten“ Russland, Preußen und Österreich aufgeteilt war, das Volk sich dagegen nicht auseinanderdividieren ließ. Die Sprache der Deutschen (West) verrät dagegen schon heute den Prozess des Auseinanderdriftens auf schmerzliche Weise.